

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süsswaren- u. Keksendustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilstellen 30 Pfg.

Die Petition,

die die Organisationen der deutschen Bäcker- und Konditorgehilfen gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit und gegen die planlose Zusammenlegung der Betriebe am 7. Juni an die Reichsbehörden und an das Parlament richteten, ist, wie uns jetzt vom Reichstagsdirektor mitgeteilt wird, vom Reichstagsausschuss für den vaterländischen Hilfsdienst dem Kriegsamt zur Berücksichtigung überwiesen worden.

Zwei unabwiesbare Forderungen.

1. In der Eingabe, die von gewerkschaftlicher Seite aus an den Bundesrat und den Reichstag gerichtet worden ist, wird die Forderung aufgestellt, daß bei der Ausgestaltung unserer Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden auch die Vertreter der Arbeiter zur Mitarbeit herangezogen werden sollen. Diese Forderung wird damit begründet, daß das Wiederaufleben unseres Wirtschaftslebens auch das Interesse der Arbeiter (und Angestellten) in Anspruch nehmen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse an der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens mindestens ebenso lebhaft interessiert ist wie das Unternehmertum. Der Arbeiter mit seiner Familie ist in seiner Existenzmöglichkeit und seiner Lebenshaltung davon abhängig, wie sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gestalten. Es kann ihn durchaus nicht gleichgültig sein, wie sich der Uebergang in die Friedenswirtschaft vollzieht, ob wir imstande sind, wenigstens die größten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen oder ob wir noch auf lange Jahre hinaus mit einem Dantiederliegen unseres Wirtschaftslebens zu rechnen haben. Dieser Uebergang wird sicherlich nicht leicht sein: es wird uns verantwortlich wegen des Mangels an Rohstoffen und der Verhinderung der Ausführung großer Arbeitslosigkeit bringen, nachdem die Kriegsarbeiten aufgehört haben; die Lebensmittelpreise werden infolge der mangelnden Zufuhr vom Auslande bis auf weiteres noch sehr hoch sein, die Steuerlasten werden wie ein drückender Alb auf der Arbeiterklasse liegen, kurz gesagt, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter wird wahrlich keine rosige sein. Da haben die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen zweifellos ein berechtigtes Interesse daran, daß alles geschieht, um eine baldige Gesundung unseres Wirtschaftslebens herbeizuführen.

Bereits vor mehreren Monaten ist ein Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft ins Leben gerufen worden, das die Vorarbeiten machen und entsprechende Maßregeln in die Wege leiten soll. Merkwürdigerweise sind in diese neue Behörde bisher nur Beamte und Unternehmer berufen worden, die Arbeiter sind völlig unberücksichtigt geblieben. Das ist nicht nur ein großer Fehler, weil man es unterlassen hat, die Sachkenntnis und die Erfahrungen tüchtiger Arbeiter dem vorliegenden Zwecke nutzbar zu gestalten, sondern es bedeutet auch eine völlig unberechtigte Zurücksetzung der deutschen Arbeiterklasse. Leider hat man in den behördlichen Kreisen die Arbeiter noch immer nicht genügend auf der Rechnung; wenn etwas zu tun ist, so machen es die Bureaukraten entweder allein oder, falls sie sachkundige Hilfe nicht entbehren können, ziehen sie die Sachverständigen und praktischen Mitarbeiter aus den Oberschichten heran. Das muß anders werden. Die Arbeiter haben auf Grund ihrer Stellung

und ihrer Bedeutung in unserem wirtschaftlichen Organismus sowie auf Grund der in ihnen stehenden Kenntnisse und Fähigkeiten ein wohlbegründetes Anrecht darauf, in allen wirtschaftlichen Fragen gehört und zur Mitarbeit herangezogen zu werden. Wie sie in politischen Dingen, in Staat und Gemeinde das Mitbestimmungsrecht fordern, weil es sich dort um ihr Wohl und Wehe handelt, so wollen sie auch an der Regelung unserer wirtschaftlichen Angelegenheiten mit beratender und beschließender Stimme teilnehmen. Diese wirtschaftliche Demokratie, die eine notwendige Ergänzung der politischen Demokratie ist, wird seit Jahrzehnten von den deutschen Gewerkschaften angestrebt, und es wäre sehr zu wünschen, daß der Weltkrieg zu ihrer Verwirklichung beiträgt.

Diesem Recht auf Mitarbeit, das von den modernen Arbeitern gefordert wird, steht natürlich die Pflicht zur Mitarbeit gegenüber. Wenn die deutsche Arbeiterschaft den Anspruch erhebt, daß man ihr die Bahn freimache zur aktiven Teilnahme am öffentlichen Leben, so muß sie selbstverständlich auch den festen Willen haben, diese Bahn zu betreten und sich zur Aus- und Neugestaltung unseres öffentlichen Lebens zur Verfügung zu stellen. Das eine ohne das andere wäre ja ein Unding, ein Widerspruch in sich selbst. Die Klassenbewußten Proletarier haben es seit Jahrzehnten als eine Kränkung empfunden, daß man ihnen überall die Tür vor der Nase zuschlug und sie noch obendrein verhöhnte, daß sie wohl zu tadeln und zu nörgeln verstanden, aber selbst nichts leisten könnten, und sie haben das Recht auf Mitarbeit gefordert, um zu zeigen, was sie zu leisten vermögen. Und nun, da man ihnen die Tür öffnet, sollten sie sich auf das Kritizieren beschränken und wie schmolgende Kinder beiseite stehen, anstatt Einfluß zu gewinnen und den Gang der Dinge in ihrem Sinne und zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung zu beeinflussen? Dieser Standpunkt ließ sich vielleicht rechtfertigen, solange die Arbeiterbewegung noch von einer kleinen Sekte ohne Macht und Einfluß getragen wurde. Damals mochte es angebracht sein, im Reichstage „aus dem Fenster heraus“ zu den Mäßen zu sprechen, heute wirkt ein solches Verhalten höchstens lächerlich; heute gilt es, praktische Arbeit zu leisten, um wirkliche, greifbare Erfolge zu erzielen. So liegt es auf allen Gebieten unseres politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Die Arbeiterklasse will und muß zeigen, daß sie nicht nur imstande ist, über die Fehler und Mängel unserer Gesellschaftsordnung ein Strafgericht abzuhalten, sondern daß sie auch das Zeug dazu hat, positive Vorschläge zur Besserung unserer Verhältnisse zu machen. Gewiß ist das Kritizieren leichter als das Bessermachen; aber die zielbewußten Arbeiter, die eine neue Welt aufbauen wollen, dürfen nicht davor zurückschrecken, in mühsamer Arbeit einen Stein auf den anderen zu schieben am Tempel der Zukunft. Dabei wird es natürlich ohne Mißgriffe und Fehlschläge nicht abgehen, und auch an Enttäuschungen wird es nicht fehlen; aber das muß mit in den Kauf genommen werden, weil es im Wesen einer jeden positiven Arbeit begründet liegt. Probieren geht eben über Kritizieren, und es ist ein Irrtum, anzunehmen, die Arbeiterbewegung würde durch hier und da vorkommende Mißerfolge an ihrem Aussehen bei den Massen Einbuße erleiden. Im Gegenteil werden die Massen das Geisteswort: „Es irrt der Mensch, solang er strebt“ beherzigen. Die Erfahrung hat ja gelehrt, daß die Arbeiterklassen um so mehr der Arbeiterbewegung zustimmen, je mehr praktische Gegenwartsarbeit (allerdings im Hinblick auf die Zukunft!) geleistet wird, während sie den theoretischen Wortklaubereien und dogmatischen Spitzfindigkeiten keinen Geschnack abgewinnen. Selbstverständlich müssen die Realpolitiker ein hart ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl haben und jeden Augenblick gewillt

sein, die Verantwortung für ihr Tun und Lassen zu übernehmen. Die Nichts-als-Kritiker sind verantwortungslos und haben es leicht, bei jedem Mißerfolg höhnisch mit den Achseln zu zucken und das Erreichte hämisch zu verkleinern; aber da sich die Aufwärtsentwicklung der Menschheit nur unter Vorstößen und Rückschlägen vollzieht, so geht die Entwicklung über sie zur Tagesordnung über.

Den deutschen Gewerkschaften stehen nach dem Kriege große, dringende, aber dankbare Aufgaben bevor, die sie nur durch eifrige, planmäßige Mitarbeit zu lösen vermögen. Und sie werden diese Mitarbeit übernehmen, weil sie keine Debatteflucht sind, sondern Interessevertretungen der Arbeiter und Arbeiterinnen. In diesem Arbeiten zum Wohle unseres Volkes werden sie sich auch nicht irre machen lassen durch abfällige oder böswillige Kritik von Besserkennern, die beiseite stehen und ihnen Knüppel zwischen die Beine werfen möchten.

Die wirtschaftliche Lage der Bäcker in Hamburg-Altona zu Ende des dritten Kriegsjahres.

Einer wichtigen Aufgabe unterzog sich die Zahlstelle Hamburg-Altona durch die statistische Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten in den Bäckereien. Wenn auch das Bild nicht vollständig ist, weil aus leicht begreiflichen Gründen nicht alle Betriebe reiflich erfaßt werden konnten, so ist die Arbeit immerhin wertvoll, nicht nur jetzt, auch für spätere Zeiten.

In diesem Städtegebiet hat der Krieg ganz besonders verheerend im Bäckergewerbe gewirkt. Man erkennt fast nicht mehr die ehemals auf gesunder Basis beruhenden Betriebe. So war früher von einer großen Lehrlingszahl keine Rede, während heute infolge Gehilfenmangels die Zahl der Lehrlinge enorm gestiegen ist. Die Anjage zu ungeunden Zuständen liegen darin klar auf der Hand. Die tonangebenden Mittelbetriebe sind bis auf wenige zu Zwergbetrieben herabgedrückt. Man erkennt das ehemals stolze Gewerbe fast nicht mehr.

Aus Hamburg liegen von 152 Samungsbetrieben Angaben vor. Außerdem wird von 40 Bäckereien berichtet, daß sie geschlossen sind oder keine Gesellen beschäftigen. In 9 Betrieben arbeiten die Meister allein und in 12 Bäckereien werden nur Lehrlinge beschäftigt. Insgesamt werden beschäftigt 225 Gehilfen, 50 Hilfsarbeiter, 11 Arbeiterinnen und 164 Lehrlinge.

Von 117 Bäckereien wurden Angaben über die Lohnverhältnisse gemacht. In Kost und Logis wurden 4 Gehilfen ermittelt, deren Löhne für 1 M. 22, 2 je M. 16 und 1 M. 15 betragen und einen Durchschnittslohn von M. 17 ergeben. Bei den außer Kost und Wohnung beschäftigten Gehilfen gestaltet sich der Wochenverdienst folgendermaßen:

Von M. 30 bis 35 10 Gehilfen	Von M. 51 bis 55 15 Gehilfen
" " 36 " 40 67	" " 56 " 60 10
" " 41 " 45 59	" " 61 " 65 1 Gehilfe
" " 46 " 50 35	" " 70 " 1

Der Durchschnittslohn beträgt M. 43,50. Bei den Hilfsarbeitern verdienen in Kost und Wohnung: von M. 6 bis M. 10 3; von M. 11 bis M. 15 5; von M. 16 bis M. 20 2. Mit teilweiser Verpflegung: von M. 20 bis M. 25 2; von M. 26 bis M. 30 7; von M. 31 bis M. 35 3; M. 36 2.

Der Verdienst der Arbeiterinnen beträgt für 2 je M. 18; 1 M. 21 und 2 je M. 23; im Durchschnitt M. 20,60.

Die Arbeitszeit ist infolge des hier bestehenden Einheitsbrottes bedeutend verkürzt worden. Es wird gearbeitet: bis zu 8 Stunden täglich in 37 Betrieben; über 8 bis 10 Stunden täglich in 68 Betrieben; über 10 bis 12 Stunden täglich in 16 Betrieben. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit beträgt in den durch die Umfrage betroffenen Betrieben 9 Stunden.

Ergänzendweise kann festgestellt werden, daß in fast allen Betrieben Sonntags nicht mehr gearbeitet wird. Nur 11 Bäckereien wurden ermittelt, wo die Sonntagsarbeit noch besteht in der Weise, daß hier an einigen Stunden Sonntags gearbeitet wird.

Aus den Brotfabriken Hamburgs liegen Angaben von 6 Betrieben vor mit einer Beschäftigtenzahl von 71 Gehilfen, 24 Hilfsarbeitern und 76 Arbeiterinnen. Recht auf-

fallend ist die die Gehilfen ibersteigende Zahl der Arbeiterinnen. Welche Arbeitskräfte waren bis zum Eintritt des Mangels an männlichen Arbeitern in den Droffabriken nicht zu verzeichnen. Heute iberwiegen sie schon die Zahl der noch vorhandenen Männer. In den Kleinbetrieben ist, wie wir oben festgestellt haben, die Arbeiterin noch wenig vertreten. Es hat also auch in dieser Beziehung der Grofbetrieb verstanden, durch die abnormen Verhältnisse begünstigt, die weibliche Arbeitskraft an sich zu reizen.

An Lohnverdienst wurde bei den Wattern ermittelt: 5 je M. 38; 8 je M. 37; 41 je M. 38; 9 je M. 42; 2 je M. 43; 1 M. 45; 2 je M. 60; 2 je M. 52; 1 M. 66; 1 M. 68. Der Durchschnittslohn beträgt demnach in den Droffabriken von Hamburg M. 40,29.

Von den Arbeiterinnen verdienen 2 je M. 20; 21 je M. 22; 1 M. 25; 36 je M. 24; 3 je M. 28. Im Durchschnitt M. 23,52.

Von den Hilfsarbeitern erhalten 8 je M. 28; 1 M. 36; 7 je M. 30; oder im Durchschnitt M. 27,78.

Die Arbeitszeit beträgt in diesen Betrieben durchschnittlich täglich 8,1 Stunden, und zwar in einem Betriebe 6 Stunden, in einem 8 Stunden, in einem 9 Stunden, in einem 9 Stunden und in einem 10 Stunden.

Von Altona wurden Angaben aus 88 Betrieben eingeholt, in welchen 86 Gehilfen, 2 Hilfsarbeiter und 82 Lehrlinge beschäftigt sind. In 2 Betrieben arbeiten die Meister allein und in 5 Betrieben wird nur mit Lehrlingen gearbeitet. Die Sonntagsarbeit ist in allen Wadereien befristet.

Die Gehilfenlöhne gestalten sich folgendermaßen:

Table with 2 columns: Lohn (M.) and Anzahl Gehilfen. Rows include M. 36 bis 40 (19 Gehilfen), M. 41 bis 45 (11), M. 46 bis 50 (6), M. 55 (2), M. 60 (1 Gehilfe).

Der Durchschnittsverdienst beträgt möglichst M. 43,74. Dieser sind die Lohnangaben nur von 81 Gehilfen gemacht worden.

Die Arbeitszeit beträgt in einem Betriebe 8 Stunden, in 11 Betrieben 8 bis 10 Stunden und in 6 Betrieben 10 bis 12 Stunden täglich. Im Durchschnitt wird täglich 9,7 Stunden gearbeitet.

Aus den Droffabriken Altonas liegen Angaben aus 6 Betrieben vor, die 24 Watter, 4 Hilfsarbeiter und 11 Arbeiterinnen beschäftigen. Sonntags wird in keinem Betriebe gearbeitet.

Löhne 3 je M. 37, 3 je M. 38, 2 je M. 39, 4 je M. 40, 3 je M. 41, 1 M. 42, 1 M. 43, 1 M. 44, 3 je M. 45, 1 M. 46, 1 M. 48, 1 M. 60. Der Durchschnittslohn ist hier wöchentlich M. 41,38.

Arbeiterlöhne sind wie folgt festgestellt: 1 M. 22, 4 je M. 23, 4 je M. 24, 2 je M. 27. Der Durchschnittslohn ist hier wöchentlich M. 24.

Bei der Ermittlung der Arbeitszeit wurde festgestellt, daß in einem Betriebe 8 Stunden, in zwei Betrieben 9 Stunden, in zwei 10 Stunden und in einem 11 Stunden täglich gearbeitet wird, welches eine durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 9,5 Stunden ergibt.

In den beiden Genossenschaftsbetrieben Hamburgs sind 88 Watter, 1 Hilfsarbeiter und 88 Arbeiterinnen beschäftigt. In beiden Betrieben wird Sonntags gearbeitet; es besteht jedoch die wöchentliche Arbeitswoche durch den wöchentlichen Ruhestag.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. An Löhnen erhalten: 22 je M. 44; 24 je M. 45,50; 30 je M. 46; 3 je M. 47; 4 je M. 48. Der Durchschnittslohn beträgt M. 45,46.

Von den Arbeiterinnen verdienen 30 je M. 35,30; 8 je M. 28,80 und ein Hilfsarbeiter M. 40,40.

Bei einem Vergleich der drei Betriebsarten, Kleinbetriebe, Droffabriken und Genossenschaften, haben wir folgendes Bild vor uns:

Table: Durchschnittslöhne wöchentlich. Columns: Betriebsart, Watter (Hamburg), Altona, Arbeiterinnen (Hamburg), Altona. Values range from 43,50 to 45,46.

Table: Durchschnittlicher Stundenlohn. Columns: Betriebsart, Watter (Hamburg), Altona. Values range from 60,55 to 75,41.

Table: Arbeitszeit. Columns: Betriebsart, Hamburg tägl. (Durchschn.), Altona. Values range from 9 Std. 8,1 Std. to 9,7.

Die Erhebung zeigt uns recht deutlich die durch den Krieg verursachten guten und schlechten Seiten. In erster Linie ist für uns noch der geschlagene Verbot der Hauptarbeit die fast vollständige Einstellung der Sonntagsarbeit ersichtlich. Nur in einer Droffabrik und in ganz verschwindend wenigen Kleinbetrieben Hamburgs wird neben den beiden Genossenschaftsbetrieben an den Sonntagen gearbeitet. Es würde nicht schwer fallen bei einigen gutem Willen, auch hier die Arbeitszeit so zu gestalten, daß die vollständige Betriebsruhe an den Sonntagen in Kraft tritt. Bezüglich der Arbeitszeit kann in den Droffabriken und Kleinbetrieben eine Verkürzung wahrgenommen werden. Derzeitige Stand aber die Löhne gegenüber der Friedenszeit geringen. Dabei mußte allerdings die Organisation eingegriffen und begründet durch den in der letzten Zeit häufigen Arbeitsmangel, konnten auch diese Löhnhöhen erreicht werden. Sie sind aber noch lange nicht dazu geeignet, um den in den Wadereien Beschäftigten bei der gegenwärtigen hohen Preis ein ausreichendes Dasein zu sichern.

Diese Lohnverhältnisse aus der Statistik zu bekräftigen, wird uns die nächsten Angaben der Statistische Gesamtwirtschaftsamt geben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ein wirtschaftlicher Mobilisationsplan war bei Ausbruch des Krieges nicht vorhanden. Dennoch konnte die deutsche Industrie den ihr aus der Kriegführung erwachsenden Aufgaben gerecht werden, so gemaltig die Anforderungen auch waren, die an sie gestellt werden mußten. Sie hat Schwierigkeiten iberwunden, die als unüberwindlich galten und gelten konnten, weil erst unter dem ehesten Zwang der Verhältnisse neue Möglichkeiten erschlossen wurden. Alles das aber hatte den technischen, organisatorischen und finanziellen Hochstand zur Voraussetzung, den die meisten Unternehmungen der maßgebenden Industriezweige bei uns aufwiesen. Ohne Ueberstrebung kann die Feststellung getroffen werden, daß die Industrie keines andern Kriegsführenden Landes eine gleiche Höhe der Entwicklung erreicht hatte. Nur dieser gewaltige Vorsprung konnte einen Ausgleich für die ungeheuren Gemeinnutzen geben, die der Produktion aus der fast völligen Unterbindung der Zufuhr von den wichtigsten Rohstoffen entstanden. Andererseits ergab sich aus der Abminderung des deutschen Exports eine Stärkung der verfügbaren Mengen von Rohstoffen ausländischer Herkunft, deren Ergänzung von außen her zum

Drei Jahre Brand und Raub und Mord! Drei Jahre Schrecken von Ort zu Ort! Drei Jahre Elend über der Welt! — Euch dreien ein Fluch, der zum Himmel geht!

Ein viertes steigt auf in rasender Blut! Ein viertes lechzt weiter nach dampfendem Blut! Ein viertes türmt höher Gebeln auf Gebeln! — Soll auch das vierte verflucht noch sein?

Oder bringt es uns endlich den Frieden zurück? Birgt es der Menschheit verlor'nes Glück, Damit das Meer von Tränen verriem, Auf seinem Grunde ein Blüten beginnt?

Daß junges Leben rings erwacht Und uns den Jammer vergessen macht? Allmählich ein Schleier darüber sinkt, Bemarterte Herzen aufs neue beschwingt?

Zu groß ist das Leid, das der Daß gebat! Du sollst es nun enden, du viertes Jahr! — So spreche, ehe zusammen sie bricht, Der sehrenden Menschheit die Hoffnung auf Licht!

feitz Waldier.

allergoßten Teil bald unterließ. Zweifellos haben auch mannigfache Industrien des Auslandes, vor allem Englands, während des Krieges einnehmende Reorganisationsen erfahren, aber dort vollzog sich dieser Prozeß unter unendlich günstigeren Bedingungen; die Engländer konnten die Umstellung ihrer Unternehmungen für die Produktion von Kriegsgut und Munition sehr lange ungehindert durchführen, weil sie zunächst auf die Produktion ihrer Betriebe nicht unbedingt angewiesen waren, denn Amerika stand mit seiner unermesslichen Lieferungen zur Verfügung. Durch die besondere Lage der deutschen Industrie wurde die Erzeugnisse mit ihren technischen Wundern herangezogen. Die ihre Bedeutung in einer kommenden Friedenszeit auf vielen Gebieten behält und dadurch einen keineswegs zu unterschätzenden Fortschritt bedeutet.

War Deutschland ganz auf sich selbst gestellt, so ging das Ziel der Kriegswirtschaft ausnahmslos dahin, die erforderliche Produktion heranzuführen; die Frage der Erzeugnisse wurde überhaupt nicht gestellt und trat zunächst gegenüber der Lösung der Bedarfsdeckung fast völlig in den Hintergrund. Darin zeigten sich die schwereren Mängel des Fehlens eines wirtschaftlichen Mobilisationsplanes nur zu deutlich; die spätere Schaffung Kriegswirtschaftlicher Organisationen hat die Folgen dieser Unterlassung nicht entfernt wettmachen können. Abgesehen von den erhöhten Schwierigkeiten der Produktionsbeschaffung, wegen dabei die Kosten unendlich, und nicht nur die finanziellen Schwierigkeiten werden dadurch enorm vergrößert, das gesamte Wirtschaftleben trat in das Stadium der Preisüberbietungen, deren Dampfung bei einem planmäßig vorbereiteten Vorgehen immerhin in einem beträchtlichen Umfang möglich gewesen wäre. Für die Produktion hatte ein denartiger Zustand nachteiligere Folgen gehabt als die so vielfach gellösten Preis- und Gewinnsteigerungen, deren augenblicklicher Vorteil für die beteiligten Unternehmungen nicht über Nachteile hinwegzulesen kann, die sich erst später offenbaren werden. Auch in diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die in starken Stellen zusammengefaßten Industriezweige sich in den ersten zwei Kriegsjahren in ihren Preisforderungen wesentlich maßvoller gehalten haben als die weniger stark oder gar nicht organisierten Betriebe.

Je länger, je mehr sind fast alle Geschäftszweige in den Strom kriegswirtschaftlicher Tätigkeit hineingezogen worden, und sie erlangen dadurch eine gegenüber den Ergebnissen der Friedensjahre wesentlich gesteigerte Rentabilität. Nicht teilgenommen an der Kriegskonjunktur haben nur wenige Gewerbe, deren Ausfälle, je nachhaltig sie privatwirtschaftlich von den Beteiligten empfinden werden mögen, gegenüber den enormen Profitten der iberwogenen Mehrzahl der Unternehmungen aller Art verbleiben. In sich führte die unplanmäßige Ausdehnung der Produktion zu einer nachteiligen Steigerung der Gewinne, die natürlich durch die fortwährenden Preissteigerungen, selbst unter Berücksichtigung der Verzerrung der Selbstkosten, sich rasch erhöhen. Eine besondere Gewinnquelle bildeten die Bezüge an Barren,

die mit iberaus hohen Preisausschlägen sofort Verwendung fanden. Dabei vollzog sich ein großes Aufsteigen; Warenbestände, die in normalen Zeiten nur mit Verlust loszuschlagen gewesen wären und eigentlich nur noch als Nebenbatter gelten konnten, erbrachten wahre Liebhaberpreise. Für viele Zweige der Kriegswirtschaft ist jedes Betriebsrisiko im Fortfall gekommen; die eigentliche kaufmännische Tätigkeit hat sich hier vereinfacht und verbilligt.

Eine vergleichende Darstellung der wirklich erzielten Kriegsgewinne kann bei der mangelnden Klarheit, die die Bilanzierungsmethoden der Aktiengesellschaften auszeichnet, auch für die Aktienerbetriebe nur teilweise gegeben werden. Eine solche Untersuchung für die wichtigsten Betriebe von 19 Kriegsjahren hat die „Frankfurter Zeitung“ vorgenommen; veröffentlicht wurden deren Ergebnisse in der Zeit von Mitte Oktober vorigen Jahres bis Januar 1917. Diese Statistik erstreckt sich auf die Jahre 1913, 1914 und 1915 und schließt auch Gesellschaften ein, deren Geschäftsjahr bis in die Mitte des Jahres 1916 reicht. Der Reingewinn der darin berücksichtigten 416 Gesellschaften ist in den drei Jahren von 678 Millionen auf 694 und 891 Millionen gestiegen, obwohl für Abschreibungen und Rückstellungen vor Ermittlung des Reinertrages im ersten Kriegsjahr 120 Millionen und im zweiten Kriegsjahr sogar 304 Millionen Mark mehr aufgewendet wurden als im letzten Friedensjahr. Das Grundkapital der untersuchten Gesellschaften betrug im Nennwert 4387 Millionen Mark. In der Zusammenfassung ergibt die Statistik der „Frankfurter Zeitung“ folgendes Bild:

Table: Reingewinn ohne Vortrag (in tausend Mark) for various industries from 1913 to 1915. Columns include Group, 1913, 1914, 1915, and Reingewinn ohne Vortrag (1913, 1914, 1915).

Dieselben Gesellschaften wiesen aus:

Table: Dividenden, Sondergewinne usw. (in tausend Mark) for various industries from 1913 to 1915. Columns include Dividenden, Sondergewinne usw., and Rückstellungen an Gewinn.

Auch diese Berechnungen können noch keinen erschöpfenden Ausdruck der ganzen Geminnlage geben, denn neben den nicht erhebbaren „Stillen“ Reserven werden nur zu oft auch Sonderrückstellungen als Rücklagen für die Kriegsgewinnsteuer usw. mit Reiz verhehelt. Ganz kommen ferner noch Gewinnabschüttungen durch Kapitalerhöhungen unter Bedingungen, die den Charakter der Sonderdividende deutlich erkennen lassen, aber sich der statistischen Feststellung entziehen. Für das Jahr 1916 und 1917 haben Aktiengesellschaften in langen Reihen ihre Dividenden und Gewinnverteilungen in sonstiger Form gegenüber dem Vorjahre noch erhöht, während die ausgewiesenen Reingewinne nicht die entsprechende Steigerung aufwiesen. Das erklärt sich daraus, daß die Verwaltungen in den vorhergegangenen Jahren kolossale Abschreibungen und Rückstellungen gemacht haben, so daß sie sich darin nur mit Ruhe gewisse Beschränkungen auferlegen konnten. Aber die für die Gewinnverteilung bestimmten Summen lassen im Verhältnis zu dem gesamten, wirklich erzielten Gewinn auch nach wie vor noch sehr reichliche Rückstellungen zu, so daß für die innere Stärkung der Aktienerbetriebe weiter viel getan worden ist. Das war ein Gebot der Notwendigkeit; denn der Umbau, dem die auf die Erzeugung von Kriegsbedarf eingestellte Industrie unterworfen werden muß, wenn die Profite ruben werden, wird riesenhafte Mittel beanspruchend, sowohl an direkten Aufwendungen als auch durch Einbußen, die bei der grundlegenden Veränderung der Verhältnisse für nicht wenige Betriebe unvermeidlich sein werden.

Die Gewerkschaftsvorstände zur Neuordnung.

In den Tagen vom 24. bis 26. Juli tagten im Berliner Gewerkschaftshaus die Vorstände der freien Gewerkschaften...

Die Berichte der einzelnen Vorstandsvertreter lauteten außerordentlich ermutigend. Besonders wurde rühmend hervorgehoben, welche Anziehungskraft die Gewerkschaften...

Die Gewerkschaftsvertreter nahmen auf Antrag Leipziger zunächst Stellung zur Friedensfrage durch Annahme der folgenden Entschliessung:

Die Gewerkschaften Deutschlands begrüßen es mit großer Freude, daß der Deutsche Reichstag durch seinen Beschluß vom 19. Juli sich im Namen des deutschen Volkes für einen Verständigungsfrieden erklärt hat.

Zur Neuorientierung Deutschlands im Innern gelangte folgende Entschliessung zur Annahme, die als Meinungsäußerung der Vertrauensleute von mehreren Millionen Arbeitern ebenfalls auf allgemeine Beachtung Anspruch machen kann:

Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände vertieft in der Frage der innerpolitischen Neugestaltung im Deutschen Reich die Auffassung, daß diese längst notwendigen und zum Teil auch von der Reichsregierung zugesagten Reformen nicht länger mehr verzögert werden dürfen.

Zusbesondere erachtet sie die Einführung eines mit den Beschlüssen der Volkswirtschaft im Einklang stehenden Regierungssystems und die Einführung eines wirklich demokratischen Wahlsystems für alle einzelstaatlichen Landtage sowie für alle Gemeinden als die dringendste Voraussetzung für eine gesunde innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung, die allein das deutsche Volk befähigt, die verhängnisvollen Wirkungen des Krieges bald zu überwinden.

Nicht minder erwartet die Konferenz, daß diese innerpolitische Neuorientierung zu einer Sozialgesetzgebung führt, die der deutschen Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Leben sowie den sozialen Aufstieg zur ungetrübten Teilnahme an der kulturellen Entwicklung des Volkes gewährleistet.

Unabhängig vieler vorliegender Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen aus den Bezirken des ersten und sechsten Armeekorps beschloß die Konferenz:

Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände erhebt gegen die von den stellvertretenden Generalkommandos des ersten und sechsten Armeekorps erlassenen Verordnungen über die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts entschiedenen Protest.

Durch jene Verordnungen wird den gewerkschaftlichen Organisationen die Erfüllung ihrer Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen, unanständig gemacht. Die Verordnungen betreffen gegen den § 14 des Gesetzes, betreffend den bayerischen Hilfsdienst, und sind nicht zu vereinbaren mit den mehrfach von der Reichsregierung abgegebenen Erklärungen, wonach den Gewerkschaften auch unter dem Belagerungszustand weitgehendste Bewegungsfreiheit gesichert werden soll.

Die Konferenz beauftragt die Generalkommission, sichten mit den zuständigen Regierungsstellen in Verbindung zu treten, um eine Aufhebung jener Verordnungen herbeizuführen; sie erklärt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes unbedingt notwendig ist, damit endlich das gesetzlich garantierte Vereins- und Versammlungsrecht wieder ungehindert ausgeübt werden kann.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Im Bezirk Bremen hat der Bezirksleiter Hermann Scharf die Geschäfte wieder übernommen. Alle Anliegen der Mitglieder des Bezirks betreffend Agitation, Lohnbewegungen und Feuerungszulagen sind in erster Linie an dessen Adresse: Hermann Scharf, Bremen, Grafenstr. 80, I. Et., zu richten.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: O. Hillmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 30. Juli bis 4. August gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

- Für Juni: Danzig M. 65,90.
Für Juli: Hamburg M. 1786,14, Lüdenscheid 31,59, Saarbrücken 59,85, Essen 260,25.
Für Januar bis Juli: Spremberg M. 44,46.
Von Einzelnählern der Hauptkasse: C. E. Böhm M. 82,40. Der Hauptkassierer: O. Freitag.

Von Kollegen aus dem Felde für Unterstützungszwecke. An die Hauptkassen: Vom Kreisverein M. Frankfurt a. M. Oberst M. H. An die Hauptkassen: Von C. E. M. Herder-Kasernen-Regiment Nr. 88, 9. Kompanie, M. 3. M. 4261,45, heute abgereicht M. 18, zusammen M. 4279,45.

Sterbetafel.

Dortmund. J. Janssen, 48 Jahre alt.
Kriegsverluste des Verbandes.
Bezirk Berlin meldet als gefallen: Wilhelm Seip, Bäcker, 89 Jahre alt; Otto Frohberg, Bäcker, 19 Jahre alt; Wilhelm Prüfer, Bäcker, 20 Jahre alt; Ernst Schaubert, Bäcker, 88 Jahre alt, im Lazarett gestorben.
Bezirk Bremen meldet als gefallen: Wilhelm Dienbeck, 19 Jahre alt, am 18. Juni; Wilhelm Warmacke, 21 Jahre alt.
Bezirk Chemnitz. Paul Morgenstern, Bäcker, 29 Jahre alt, gefallen.
Bezirk Danzig. Hans Tiedtke, Bäcker, 25 Jahre alt, gefallen.
Bezirk Halle. Kurt Haag, Bäcker, 34 Jahre alt, gefallen.
Ehre Ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäder.

Die Lohnbewegung in Sandshut, die eine Erhöhung der Feuerungszulagen bezweckt, hat nach langen Bemühungen nun doch eine Reihe Erfolge aufzuweisen; das bisherige Ergebnis ist wie folgt zusammenzufassen: Es erhielt je in M. 1 Feuerungszulage. Bei dem Betrieb Darmstadt wurde eine Erhöhung noch nicht erzielt werden. Der Herr Städtler hat besonders, den Arbeiterinnen eine entsprechende Zulage zu gewähren und möchte die Frauen und Mädchen nicht von der Organisation vertreten wissen. Die Arbeiterinnen haben aber begriffen, daß gerade sie den Verband als ihre Vertretung am nötigsten brauchen und ohne ihn ganz und gar auf den guten Willen des Herrn Darmstadt angewiesen wären.

Feuerungszulagen in Genossenschaftsbetrieben.

In mehreren Verhandlungen des Bezirksleiters mit der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ in Bremen wurde die Feuerungszulage durchweg um 5 pSt. erhöht und beträgt jetzt für Ledige 17 1/2 pSt., für Verheiratete 20 pSt. des Lohnes. Verheirateten wird außerdem eine Familienzulage von M. 1 und für jedes Kind 50-3 gewährt.

Der Allgemeine Konsumverein Halle erhöhte die Feuerungszulage um 5 pSt., so daß jetzt 17 1/2, 20 und 25 pSt. gezahlt werden.

Eine neue Vereinbarung mit dem Konsumverein für Magdeburg und Umgegend im bezug der Feuerungszulagen wurde jetzt getroffen. Sie lautet:

Zwischen dem Konsumverein für Magdeburg und Umgegend und dem Vorstand des Zentralverbandes der Bäder und Konditoren und des Deutschen Transportarbeiterverbandes wird folgende Vereinbarung getroffen:

- 1. Die wöchentlichen Feuerungszulagen werden ab 1. Juli auf folgende Höhe erhöht:
für verheiratete männliche mit mehr als zwei Kindern M. 10,50
mit bis zwei Kindern „ 9,-
ledige „ 7,50
weibliche Angestellte „ 5,-
2. Der Konsumverein ist berechtigt, falls es das gesetzmäßige Interesse erfordert, die Arbeitszeit der Arbeiter um längere eine Stunde zu verlängern. Als Entschädigung für diese geleisteten Ueberstunden werden wöchentlich M. 5,50 gezahlt. Wird nur an einzelnen Tagen eine längere Arbeitszeit geleistet, so gelangt nur ein entsprechender Teilbetrag zur Auszahlung.
3. Falls die verlängerte Arbeitszeit der Arbeiter nur für einen Teil dieser notwendig ist, werden sie der Höhe nach dazu bestimmt.
3. Diese Vereinbarung hat Gültigkeit bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Genossenschaftsverbände und die genannten Organisationen neue Vereinbarungen treffen.

Magdeburg, den 16. Juli 1917.

Konsumverein für Magdeburg und Umgegend,
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung,
H. Hoffmann, Richter.
Zentralverband der Bäder und Konditoren,
Bezirksleitung Magdeburg,
M. Wille.

Im Konsumverein Ulzburg wurde durch Verhandlungen des Bezirksleiters die Feuerungszulage von bisher 12 bis 14 pSt. des Lohnes auf 30 pSt. erhöht. Einjährlich der Feuerungszulage beträgt nun der Wochenlohn M. 41,80.

Der Konsumverein Potsdam-Notowitz gewährte in der Form eine weitere Feuerungszulage an unsere dort beschäftigten Kollegen, daß der tarifliche Wochenlohn um M. 5 erhöht wurde.

Der Konsumverein Schwabitz erhöhte für seine Arbeiter die bisherige zwölfprozentige Feuerungszulage ab 1. Juli auf 20 pSt.

Fabrikbranche.

Eine Bewegung der Hamburger Kollegen zur Erhöhung der Feuerungszulagen

hatte in den letzten Wochen eingeleitet und führte zum Teil zu wirklich guten Erfolgen. Eine große Anzahl der Betriebe steht allerdings noch aus — dort haben die Kollegen und

Kolleginnen bisher noch nicht die notwendige Energie aufgebracht, mit Hilfe der zuständigen Organisation überhört Forderungen nach dieser Richtung zu stellen, weil sie meinen, sich mit dem begünstigen zu müssen, was ihnen der Unternehmer anbietet die Güte hat. Damit schädigen sie sich aber nicht nur selber, sondern natürlich auch diejenigen, die die Notwendigkeit gemeinsamer Interessenvertretung längst schämen lernten — auch diese erhalten dann nicht das, was ihnen unter den heutigen Verhältnissen zusteht. Wir erwarten, daß die Kollegenschaft in den nächsten Wochen sich endgültig darüber schlüssig wird, wie in allen Betrieben ein möglichst gleichmäßiges Vorgehen in die Wege geleitet werden kann! Bisher wurden in den nachstehenden Betrieben die Zulagen oder auch die Grundlöhne neu geregelt:

- 1. Kellerei Hamburg. Für Arbeiter wurde der Stundenlohn von 80 auf 90-3, für Arbeiterinnen von 27 1/2 auf 30-3 erhöht. Die Feuerungszulage wurde von 10 pSt. auf 20 pSt. erhöht und auf Akkordarbeit 10 pSt., auf Ueberstunden 25 pSt. Anschlag zugewilligt.
2. Desser, Döhrenfeld, erhöhte die Feuerungszulage von 17 1/2 auf 25 pSt.

3. Bei Riese & Witzmann wurde die Feuerungszulage für die Lohnarbeiterinnen bisher wöchentlich mit M. 1 bezahlt; sie wurde auf M. 2,50 erhöht, und es erhalten nunmehr auch die Akkordarbeiterinnen diese M. 2,50 Feuerungszulage. (Die Arbeiter erhalten wie bisher monatlich M. 10.)

4. Bei Witzmann & Schläter erhöhte sich die Feuerungszulage für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen um M. 1. Bisher wurden M. 1 bis M. 2 bezahlt. Die Arbeiterinnen, die an Maschinen arbeiten, erhalten die Gesamtfeuerungszulage von M. 8.

5. In der Genossenschaft „Vorwärts“ wurde die Feuerungszulage um 50 pSt. erhöht. Es erhalten jetzt ledige Arbeiter und Arbeiterinnen monatlich M. 18, mit einem Kind M. 22,50; Verheiratete ohne Kinder M. 27, mit einem und zwei Kindern M. 31,50, mit drei und mehr Kindern M. 36.

Unter 1 kamen zu der Zeit der Bewilligung ungefähr 45 Personen in Frage, unter 2 80, unter 3 107, unter 4 16, unter 5 14 Personen.

Die Firma Gredde, Hamburg, zahlte eine abermalige Feuerungszulage von 6-3 für Arbeiter und 4-3 für Arbeiterinnen pro Stunde.

Korrespondenzen.

Bäder.

Chemnitz. Eine allgemeine Bäder- und Konditoren-Versammlung fand hier am 2. August statt, die von über 500 Personen besucht war. Kollege Beschold-Berlin ging von der Einführung der Tagesarbeit im Bädereigewerbe aus, schilderte die Bestrebungen der Profifabrikanten auf Wiedereröffnung der Nacharbeit und die Zusammenlegung der Bäderebetriebe. (Ueber das Thema selbst ist in unserer Fachzeitung wiederholt berichtet worden. Die Redaktion.) Der Versammlungsleiter brachte eine Entschliessung zur Verlesung, die im Sinne des Vortrages gehalten war. In der Aussprache stimmte als erster Redner Sanitätsgeordneter Obermeister Wiener den Ausführungen des Vortragenden zu, brachte noch neue Gesichtspunkte zum Vortrag, die die Zusammenlegung der Betriebe als ungewünscht empfanden. Auch wir Meister sind der Ansicht, daß Meister und Gesellen zusammenstehen müssen, um weitere Schäden vom Gewerbe fernzuhalten. Obermeister Herr Reichelt äußerte sich im gleichen Sinne und forderte auch für später den Zusammenschluß von Gesellen und Meistern, um Schäden vom Gewerbe abzuwenden. Genug haben wir über uns ergehen lassen müssen in der Kriegszeit. Nach kurzen Schlussworten des Referenten wurde die Entschliessung, die sich mit den Ausführungen deckte, einstimmig von den 500 anwesenden Personen angenommen.

Darmstadt. Am 20. Juli tagte im Gasthaus „Zur Krone“ eine allgemeine Versammlung der Bäder. Die Bädereinnahme war hierzu eingeladen. Kollege Landes-Hamburg sprach über die geplante Zusammenlegung der Kleinbetriebe und die Bemerkungen auf Wiedereröffnung der Nacharbeit. Landes schilderte eingehend, welche Schwierigkeiten das Bädereigewerbe durch alle die Verordnungen schon durchgemacht haben muß. Eine soziale Kulturvolle Erziehung ist die Beschaffung der Nacharbeit. Waren wir doch unter der Nacharbeit ganz von der Menschheit ausgeschlossen. Ihre Wiedereröffnung ist während des Krieges immer wieder von Großbetrieben verlangt worden, je auch jetzt bei der Zusammenlegung der Kleinbetriebe wurde die Frage wieder zurück. Das Referat wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und fand großen Beifall. Der Tagesvorstand hatte nachstehendes Schreiben geschickt:

Unerwartet erwidern kann ich leider nicht Folge leisten. Bitte mich zu entschuldigen. Was die Tagesordnung anbetrifft, kennen Sie meinen Standpunkt von früheren Versammlungen her. Unter Gewerbe hat durch den Krieg schwer gelitten. Mit einem Federstrich wurde die Nacharbeit verboten. Damals waren manche jüdischen Arbeitgeber der Ansicht, der Ruin des Kleingewerbes sei befehle. Nach nahezu 2 1/2 Jahren praktischen Witzens hat man nun die Heerzeugung, daß dem nicht so ist. Eins möchte ich hervorheben, daß jetzt auch die Bäder den ersten erler. Hilfe sind. Glauben Sie eine Entschliessung herbei in der Versammlung, wonach in Bädereien und Konditoren nicht vor 7 Uhr morgens und nach 7 Uhr abends gearbeitet werden darf (eine halbe Stunde zum Vorbei in zu empfehlen). Es darf den Großbetrieben und Fabrikanten keine Ausnahme gemacht werden. Der Kleinbetrieb muß erhalten werden. Gassen Sie in diesem Sinne eine Entschliessung und übermitteln Sie dieselbe unserm Reichstagsabgeordneten Herrn Dr. Quessel zur Verfügung. Auch gegen die geplante Zusammenlegung der Kleinbetriebe sind wir selbstverständlich.

Sie sehen Sie dies der Versammlung mit. Den Verhandlungen besten Erfolg wünschend, zeichnet

Schachmühlgenall

H. Jünger

für den Vorstand der Bädereinnahme Darmstadt.

